

Übersicht

über die in der Zeit vom 12. bis 31. Januar 1950

vom Ausschuß für Petitionen (6. Ausschuß)

erledigten Eingaben

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Die Petitionen:

1. Nr. 558 von Walter Ott in Sulingen (Hannover) um Vermittlung einer Wohnung in Gronau (Westf.) oder Zuteilung eines Grundes für die Aufstellung einer Baracke,
2. Nr. 701 von Max Sebiger in Wolkersdorf bei Nürnberg um Befreiung von der Soforthilfeabgabe für sein mit Kapitalabfindung erworbenes Häuschen,
3. Nr. 772 von Hermann Hegemann in Vreschen-Bokel um Rückführung seiner Familie nach Vreschen,
4. Nr. 848 von Jakob Strohe in Bonn um Wiederzuweisung seiner durch den Abzug der Besatzungstruppen freiwerdenden Wohnung,
5. Nr. 928 des Rechtsanwalts Dr. Baudisch in Maar um vorläufige Einstellung der Zwangsmaßnahmen gegen den Flüchtling Karl Lederer aus Alsfeld (Oberhessen) zur Auflösung der von ihm an der Autobahn Frankfurt a. M./Kassel bei Alsfeld errichteten Erfrischungsstelle und Genehmigung des Weiterbetriebs dieser Erfrischungsstelle,
6. Nr. 956 von Michael Lang in Engenried-Söchering, Kreis Weilheim (Obb.), um Anstellung bei der Deutschen Post,
7. Nr. 974 von Dr. Wilhelm Mertens in Escherhausen, Kreis Holzminden, um Ermöglichung der Beschaffung eines Rundfunkgeräts,
8. Nr. 1041 von Helmut Vödisch in Mammersreuth, Post Waldsassen, um Vermittlung einer Wiederbeschäftigung in seinem Beruf,
9. Nr. 1095 von Hans Stolberg in Eichstätt (Bayern) um Gewährung der Soforthilfe,

10. Nr. 1126 des Rentners Arthur Kindler in Berlin-Rudow um Veranlassung der Zusatzversorgungsanstalt des Reiches und der Länder zur Auszahlung der ihm zustehenden Rente,
11. Nr. 1146 von Theodor Züll in Köln um Einstellung bei einer der städtischen oder staatlichen Behörden in Köln,
12. Nr. 1245 von Franz Schmal in Krefeld-Fischeln um Auskunft über die Gewährung eines Darlehens von 3000 DM zur Fertigstellung der Siedlerstelle,

der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen;

II. die Petitionen:

1. Nr. 186 der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der westdeutschen Länder in Wiesbaden um Übernahme des Instituts für Erdmessung in Bamberg in ein Bundesvermessungsamt,
2. Nr. 1042 von Lucy Traut in Hoffnungsthal um Anerkennung und Befriedigung ihrer aus der Beschlagnahme ihres Haus- und Grundbesitzes durch die Besatzungsmacht sich ergebenden Ansprüche,
3. Nr. 1122 von Kurt Kretschmer in Barcelona um Gewährung der Soforthilfe als deutscher Staatsangehöriger und Währungsgeschädigter,

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

III. die Petitionen:

1. Nr. 96 von Hermann Scholz in Heiligenhaus, Bez. Düsseldorf, um Erhöhung seiner Pension durch Anrechnung von 11 weiteren Dienstjahren oder Gewährung von 1000 bis 2000 DM zum Ausbau einer Wohnung in Düsseldorf,
2. Nr. 156 von Jakob Friedr. Leute in Offenburg (Baden) um Einsichtnahme in die Strafakten gegen Margarete Borsi, Eduard Zix und Ludwig Hess und Verhütung, daß diese Angeklagten unter die Amnestie fallen,
3. Nr. 162 von Julius Meyer in Gettorf bei Kiel um a) Zugzugenehmigung nach der Stadt Limburg a. d. Lahn, b) Zuweisung eines Wohnraumes mit einem Verkaufsraum, c) Gewährung der Soforthilfe und d) Einräumung eines Betriebskapitals von 3000 DM,
4. Nr. 171 von Frau Emma Rapp in Kleinenbroich bei Mönchengladbach um Zuweisung einer anderen Wohnung,
5. Nr. 251 von Frau Pia Eichhorn in Planstadt (Baden) um Berücksichtigung der Lage der vom Erbhofgesetz Betroffenen bei der allgemeinen Fürsorge,

6. Nr. 422 von der Schriftleitung des „Darmstädter Echo“ in Darmstadt betr. Vorlage eines Briefes von Hans-Joachim Bonsack in Durazno, Uruguay, in dem der Nachweis der Fälschung des Testamentes des verstorbenen Reichspräsidenten von Hindenburg und damit die Illegalität der Reichsführung durch Hitler erbracht wird,
7. Nr. 444 von Frau Franziska Ellinger in Limbach b. Schwabach um Feststellung des ihr zugefügten Unrechts, Streichung ihrer Straftaten aus der Strafliste, Gewährung der Bauerlaubnis und einen angemessenen Schadenersatz,
8. Nr. 465 von Friedrich Wilhelm Zipp in Göttingen um Vermittlung einer Stelle als Kurdirektor in Süddeutschland oder Berücksichtigung bei der Stellenbesetzung für die Gesandtschaften,
9. Nr. 477 von Xaver Gerl in Nürnberg um Unterstützung seiner Bestrebungen zur Wahrung seiner berechtigten Ansprüche hinsichtlich seiner Wiederberufung auf seine frühere Dienststelle im Polizeidienst,
10. Nr. 482 von Otto Beyer in Buer-Kesse betr. Beschwerde gegen Gerichtsbehörden wegen der Nichtverfolgung strafbarer Handlungen,
11. Nr. 535 von Ilse-Maria Haeseler in Kirchenthumbach, Kreis Eschenbach (Opf.), um Gewährung der im Soforthilfegesetz vorgesehenen Unterhaltshilfe von 70 DM,
12. Nr. 623 von Ernst Wolf in Kurzendorf bei Ansbach um Versetzung in den Bundesdienst,
13. Nr. 696 von Gottwald Düntsch in Wendelstein bei Nürnberg um Wiederanstellung als Volksschullehrer,
14. Nr. 721 von Dr. Ing. Alfred Sadlon in Salzgitter (Harz) um Behebung seiner Notlage,
15. Nr. 730 von Ernst Wigand in Mannheim um Ermöglichung der Nachentrichtung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung für die Zeit seiner Zugehörigkeit bei der Staatspolizei,
16. Nr. 761 von Heinrich Geitner in Amberg (Opf.) um Anstellung als technischer Offizier bei der Bundespolizei,
17. Nr. 774 von Erich Winter in Bad Godesberg um Berücksichtigung bei der Stellenbesetzung in den Bundesbehörden,
18. Nr. 781 von Heinrich Schwarz in Nürnberg um Wiedereinstellung bei der Schutzpolizei in Nürnberg,
19. Nr. 806 von Karl Weingärtner in Friesenheim (Bayern) um Rückgabe seines vom Straßenverkehrsamt Freiburg i. Br. im Jahre 1946 beschlagnahmten Motorrades,
20. Nr. 811 von Peter Kirchhofer in Kirchanschöring über Laufen (Obb.) um Wiedereinstellung in der bayerischen Finanzverwaltung,
21. Nr. 844 von Rudolf Müller in Rübke über Helmstedt um Einstellung in den Bundesdienst,

22. Nr. 851 von Wilhelm Ruppenthal in Eschenbach (Opf.) um Wiedereinstellung als Lehrer,
23. Nr. 860 des ehemaligen Wehrmachtsbeamten G. Baulmann in Bad Steben (Ofr.) um Wiedereinstellung in den Beamten-dienst,
24. Nr. 883 von Franz Agethen in Gevelsberg i. W. um Ge-währung einer finanziellen Hilfe für die Volldemontage seiner Fabrik für Präzisionsdrehteile und Armaturen,
25. Nr. 898 von Walter Hoeppner in Einbeck (Hannover) um Einstellung bei einer Behörde der Bundesregierung,
26. Nr. 997 von Matthias Kremer in Köln um Unterstützung seiner Bewerbung um eine Anstellung bei der Bundesre-gierung,
27. Nr. 1006 von Frau Else Fleck in Wetzlar um Zahlung eines Vo-schusses auf den späterhin zu gewährenden Unter-haltsbeitrag von 80 DM monatlich,
28. Nr. 1031 von Dittmar Biesterfeld in Hof Dickhusen bei Tönning/Eiderstedt (Schleswig-Holstein) betr. Anklage gegen den 1. Senat des Oberlandesgerichts von Kiel wegen des am 20. 12. 1937 ergangenen, auf Verbringung in eine Irrenanstalt wegen Geisteskrankheit lautenden Urteils,
29. Nr. 1058 von Franz Meyer in Arnsberg um Regelung seiner Wohnungsverhältnisse,
30. Nr. 1060 von Hans Czarnecki in Lüdenscheid um beschleu-nigte Durchführung des gegen ihn anhängigen Strafver-fahrens wegen Fragebogenfälschung,
31. Nr. 1081 von Frau Gertrud Schmies in Bonn um Vermitt-lung einer Stelle im Krankendienst,
32. Nr. 1115 von Clemens Ratering in Rheine i. W. um Be-freiung von der Soforthilfeabgabe oder Stundung derselben,
33. Nr. 1121 von Johann Lassek in Datteln, Kreis Reckling-hausen/Westf. um Wiedereinstellung in den Polizeidienst oder Gewährung von Wartegeld,
34. Nr. 1134 von Josef Schütte in Olpe um Ermöglichung der Wiederbetätigung in seinem alten Beruf als Bürgermeister,
35. Nr. 1144 von Willi Rothert in Friesenheim in Baden um Befriedigung seiner aus der Tätigkeit bei der Organisation Todt stammenden Gehaltsforderung,
36. Nr. 1155 von Lenz Franke in Eimen über Kreiensen um Erteilung der Zuzugsgenehmigung für ihn und seine Mutter nach Hüls-Krefeld und Zuweisung eines geeigneten Arbeits-platzes daselbst,
37. Nr. 1163 von Richard Frey in Baden-Baden um Maßnahmen zur Behebung seiner durch die von einer französischen Behörde verfügten achtmonatigen Inhaftierung verursachten wirt-schaftlichen Notlage,

38. Nr. 1173 des Tanzlehrers Herbert Mende in Lippstadt um Veranlassung der maßgebenden Kircheninstanzen zur Unterbindung von Eingriffen von Geistlichen in wirtschaftliche Verhältnisse,
39. Nr. 1180 von Fritz Kirschke in Rünthe/Kamen, Kreis Unna (Westf.) um Unterbringung seiner fünfköpfigen Familie in einer dieser Städte: Werne a. d. Lippe, Rünthe üb. Kamen, Heeren-Werve, Unna,
40. Nr. 1189 von Marlies Bartsch in Irschenhausen bei München um Anstellung bei der Bundesregierung,
41. Nr. 1190 von Freiin Ingeborg von Seckendorff in Irschenhausen bei München um Anstellung bei der Bundesregierung,
42. Nr. 1195 von Kurt Seifert in Kelheim um Wiedereinstellung in den Kommunaldienst,
43. Nr. 1198 von Alfons Grammel in Thieringhausen, Kreis Olpe/Westf., um Auskunft wegen der Ermöglichung des Studiums der Veterinärmedizin als Spätheimkehrer,
44. Nr. 1201 von Karl Karger in Hesperke bei Grevenbrück (Westf.) um Anstellung in irgendeiner Position,
45. Nr. 1209 von Paul Schlüter in Soest i. W. um Vermittlung eines Darlehens zur Gründung einer Existenz,
46. Nr. 1215 von Norbert Möllhoff in Herbern, Kreis Lüdinghausen, um Gewährung einer einmaligen Notstandsbeihilfe von ungefähr 200 DM zur Ermöglichung des Abschlusses seiner Ausbildung,
47. Nr. 1223 von Franz Nitschke in Weibek über Rinteln/Weser um Auskunft über die Möglichkeiten zur Verbesserung seiner Lage als Rußlandheimkehrer,
48. Nr. 1230 von Walter Schmidt in Soest i. W. um Anstellung bei den neuen Rentämtern des Bundes,
49. Nr. 1249 von Maria Günzel in Iserlohn über Schwerte-Ruhr um Hilfe zum Ausbau einer auskömmlichen Existenz durch Vermittlung eines Kredites zur Anschaffung einer Nähmaschine,
50. Nr. 1250 von Ludwig Sinram in Iserlohn i. W. um Wiederverwendung im Staatsdienst,
51. Nr. 1258 von Theodor Zimmermann in Dortmund um Erwirkung der Anrechnung der Zeit vom 1. Juli 1934 bis 20. September 1945 als ruhegehaltsfähige Dienstzeit auf seine Pension,
52. Nr. 1284 von Hermann Pöther in Anröchte, Kreis Lippstadt i. W., um Erwirkung der Freigabe des zwangsweise beschlagnahmten Zimmers für seine Kinder,
53. Nr. 1290 von Wilhelm Mersmann in Münster um Wiederaufnahme des Entnazifizierungsverfahren gegen ihn,
54. Nr. 1303 von Wilhelmine Steuber betr. Einspruch gegen ihre wegen des Verdienstes ihres Mannes erfolgte Entlassung aus dem Justizdienst und Bitte um Wiedereinstellung,

55. Nr. 1323 von Rolf Herrmann, Steuerinspektor, Oberkassel bei Bonn um Einstellung beim Bundesfinanzministerium,
56. Nr. 1332 von Heinrich Kenzler in Bad Sassendorf, Kreis Soest, um Behebung seiner Notlage,
57. Nr. 1336 von Walter Rohde in Bad Pyrmont um Wiedereinstellung bei der Finanzverwaltung
der Bundesregierung zur weiteren Behandlung zu überweisen;

IV. die Petition:

Nr. 645 von Gustav Buss in Flensburg betr. Friedensklänge,
dem Herrn Bundespräsidenten zur Kenntnisnahme zu überweisen;

V. die folgenden Petitionen aus den in Klammern beigefügten Gründen zur Beratung im Bundestag für ungeeignet zu erklären:

1. Nr. 280 von Heinrich Dantz in Verne über Paderborn um Berücksichtigung seines Schadensfalles bei der Beratung des Aufwertungsgesetzes,
(der Gesuchsteller soll es versuchen, als Währungsgeschädigter beim zuständigen Soforthilfamt einen Antrag auf Gewährung der Soforthilfe zu stellen),
2. Nr. 301 von Dr. med. Lydia Runkel in Steinheim a. M. um Schutz ihrer Person vor dem antisemitischen Hetzfeldzug durch Zurverfügungstellung einer ständigen polizeilichen Begleitung und Übernahme der Erstattung der Anzeige zur öffentlich-rechtlichen Verfolgung,
(nach sorgfältiger Überprüfung des Falles ist der Ausschuß zu der Überzeugung gekommen, daß die Behauptungen der Gesuchstellerin nicht den Tatsachen entsprechen, und der Bundestag sich deshalb außerstande sieht, sich mit ihrem Fall noch weiter zu beschäftigen),
3. Nr. 390 von Ing. P. H. Roseck in Aub betr. Vorlage des Entwurfes eines Manifestes und einer kurzen Abhandlung über die Weltkrisenwandlung,
(die Petition befaßt sich mit philosophischen Fragen und enthält keinen konkreten Antrag),
4. Nr. 577 von Luise Dunker in Werdohl/Westf. um eine Unterstützung aus der Soforthilfe,
(nach den gesetzlichen Bestimmungen kann neben einer Altersrente, die höher als die Unterhaltsbeihilfe ist, letztere nicht zusätzlich gewährt werden),
5. Nr. 578 von Eduard und Siegfried Papendick in Neuengesecke über Soest (Westf.) um finanzielle Unterstützung zum Erwerb eines Grundstückes von 30 bis 40 Morgen,

(der Gesuchsteller muß in dieser Angelegenheit sich zunächst an die Gesellschaft für innere Kolonisation in Düsseldorf wenden),

6. Nr. 604 von Emil Marnette in Bischofsheim/Rhön um Verwendung als Bautechniker bei den Bauarbeiten in Bonn,
(der Gesuchsteller muß sich durch das Arbeitsamt seines Wohnortes an das Arbeitsamt in Bonn wenden),
7. Nr. 622 von Peter Münster in Heidelberg-Rohrbach um Überprüfung der in seinem Ehescheidungsurteil festgelegten Zahlungsverpflichtungen,
(der Bundestag kann in einen Zivilstreit nicht eingreifen),
8. Nr. 732 von Leopold Berg in Edemanswisch über Wesselburen-Land um Weiterbeschäftigung beim Rundfunk und Nachzahlung der seit Juli 1945 rückständigen Gehälter,
(der Gesuchsteller muß sich an eine der Rundfunkgesellschaften selbst wenden, nachdem es keinen Rechtsnachfolger für die Reichsrundfunkgesellschaften gibt),
9. Nr. 780 von Ernst Klöckner in Siegen i. W. um Regelung der Verhältnisse bezüglich der Siedlerstelle der Westfälischen Heimstätten G.m.b.H. Dortmund,
(dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich zur Klärung des Rechtsschutzes an eine entsprechende Organisation zu wenden),
10. Nr. 799 von Karl Wagner in Dorsten/Holsterhausen um Gewährung eines Unterhaltsbeitrags aus der Soforthilfe,
(der Gesuchsteller muß sich zur Anerkennung seiner Flüchtlingseigenschaft an seine Gemeindebehörde wenden),
11. Nr. 889 von Henry Burmeister in Uelzen um Gewährung einer Entschädigung für die Inhaftierung in KZ-Lagern,
(der Gesuchsteller muß sich an den Wiedergutmachungsausschuß seiner Stadt wenden),
12. Nr. 807 von Hermann Nie in Bochum-Hordel um Auszahlung seiner Renten ungekürzt, also in voller Höhe,
(der Gesuchsteller soll mit der Ruhrknappschaft in Verbindung treten),
13. Nr. 849 von Dr. Max Tritschler in Duisburg-Hamborn um Verfolgung seiner Klage gegen Behörden u. a. wegen fortgesetzten Mißbrauchs der Staatsgewalt, wegen Beleidigung und Verleumdung und wegen Schädigung seiner Existenz,
(aus der Einzabe ist nicht zu ersehen, was der Gesuchsteller will und wogegen er sich wendet),
14. Nr. 906 von Karl Schmidt in Waldbröl (Rhld.) um staatliche Hilfe zur Deckung der durch eine Typhusepidemie entstandenen Krankenkosten,
(der Gesuchsteller müßte sich an die Bundesbahndirektion Köln wenden),
15. Nr. 907 von Willibald Laub in Schonach/Schwaben um Erwirkung der Entlassung seines wegen Waffenbesitzes zu 6 Jahren Gefängnis verurteilten Sohnes Otto aus der Strafanstalt Germersheim,

(der Gesuchsteller hat sich in dieser Angelegenheit an die zuständige Militärregierung zu wenden),

16. Nr. 918 von Fred Zaczyk in Mömbris/Ufr. um
 - a) Übertragung des Sorgerechtes für sein Kind auf ihn,
 - b) Aufnahme einer Bestimmung in das Heimkehrergesetz, wonach Heimkehrer, welche nach Rückkehr aus der Gefangenschaft wegen Ehebruchs ihrer Ehefrau geschieden werden, jederzeit auf Antrag das Kind zu sich nehmen können, andernfalls von Unterhaltsleistungen in den ersten fünf Jahren nach Rückkehr betreit werden und Lohnpfändungen in diesem Zeitraum für den Existenz-aufbau ausgesetzt werden,
(der Gesuchsteller muß beim Vormundschaftsgericht ein Wiederaufnahmeverfahren betreiben),
17. Nr. 916 von Ernst Minnameyer in Gunzenhausen (Mfr.) um Anstellung bei einer Behörde nach Möglichkeit in Bonn,
(die Rechtsverhältnisse der ehemaligen Wehrmachts-beamten werden überprüft; mit einer baldigen dies-bezüglichen Gesetzesvorlage ist zu rechnen),
18. Nr. 981 des ehemaligen Oberpostsekretärs Henry Rieke in Hamburg um Wiedereinstellung bei der deutschen Post,
(die Bundesregierung wird demnächst im Bundestag ein Gesetz zur Beratung vorlegen, das die Rechte der ent-nazifizierten Beamten regelt),
19. Nr. 977 von Johann Quantius in Bilstein, Post Hommerich, um Hilfe in seiner großen Notlage,
(der Gesuchsteller muß sich wegen Gewährung einer Unterstützung an das zuständige Wohlfahrtsamt wenden),
20. Nr. 980 von Georg Herrmann in Oberlahnstein um Erlaß bezw. Inausgabebelassung der an ihn angeblich durch die Ober-finanzkasse Koblenz zu Unrecht gezahlten Ruhegehaltsbezüge,
(es besteht die Möglichkeit, die Überzahlung der Ruhe-gehaltsbezüge in Raten abzuzahlen),
21. Nr. 990 von Heinrich Schülter in Bochum-Altenbochum um Gewährung eines Darlehens für die Beschaffung von Möbeln und Hausgerät,
(der Gesuchsteller muß sich an das Soforthilfsamt der Stadt Bochum wenden),
22. Nr. 1004 von Frau Charlotte Krause in Wiedelah, Kreis Goslar, um Gewährung der ihrem Mann als Oberstudien-direktor von Breslau zustehenden Pension und zwar noch vor Weihnachten,
(zur Wahrung der Pensionsansprüche dieser Art wird gegenwärtig eine Fragebogenaktion durchgeführt; die Gesuchstellerin muß auf die Einhaltung des vorgeschrie-benen Termins bedacht sein),
23. Nr. 1020 von Herbert Laskawy in Soest/Westf. um Aus-kunft über die Gewährung eines Bauzuschusses,
(dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich an den Kredit-bewilligungsausschuß für Flüchtlinge zu wenden und die

Städtische Sparkasse zur Aufnahme eines Kredites in Anspruch zu nehmen),

24. Nr. 1022 von Herbert Fröhlich in Berleburg i. W. um Wiedereinstellung in den Verwaltungsdienst,
(der Gesuchsteller hat sich an seine Heimatbehörde und an das Kreisflüchtlingsamt zu wenden),
25. Nr. 1046 von Ewald Wiegel in Steinlah über Ringelheim (Harz) um Wiedereinstellung in den Postdienst,
(in Bälde wird ein entsprechendes Gesetz im Bundestag behandelt),
26. Nr. 1047 von Hermann Morisse in Lippstadt i. W. um Vermittlung eines langfristigen Kredites von 25 bis 30 000 DM für den Ankauf von Webstühlen,
(dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich auf dem üblichen Wege Bankkredite zu beschaffen und gegebenenfalls wegen der Finanzierung des Exportgeschäftes an das ERP-Ministerium zu wenden),
27. Nr. 1070 von Hermann Meyer in Opperhausen über Kreisen (Westharz) um Auskunft bezüglich der Umtauschmöglichkeit von 400 Reichsmark-Banknoten,
(der Gesuchsteller kann sich in dieser Angelegenheit an die Landeszentralbank wenden, wenn er Heimkehrer ist),
28. Nr. 1071 von Margarete Bujack in Hamburg um Gewährung einer Entschädigung von 2 000 DM für angeblich widerrechtliche Einsperrung und Mißhandlung in den Krankenhäusern Langenhorn bei Hamburg und Heiligenhafen in Holstein,
(der Petitionsausschuß kann keine Beschlüsse über Entschädigungen fassen, auch ist der Bundestag in diesem Falle nicht zuständig. Dem Gesuchsteller ist anheimzugeben, sich in dieser Angelegenheit an den Eingabenausschuß der Hamburger Bürgerschaft zu wenden, oder eine Klage bei den Hamburger Gerichten anhängig zu machen),
29. Nr. 1077 von Frau K. Schneider in Hamburg um Gewährung einer Entschädigung für die angeblich widerrechtliche Einsperrung und an ihr verübten Mißhandlungen in einer Krankenanstalt in Hamburg,
(die Gesuchstellerin soll sich in dieser Angelegenheit an den Senat der Stadt Hamburg wenden),
30. Nr. 1080 von Gustav Stengler in Lahr um Wiedereinstellung in den Staatsdienst oder Anerkennung als Wartestandsbeamter,
(die Pensionsfrage für aktive Wehrmachtsbeamte wird demnächst vom Bundestag geregelt),
31. Nr. 1093 von Karl Mosbleck in Friedrichdorf über Hofgeismar betr. Beschwerde gegen die hessische Regierung wegen seiner Pensionskürzung,
(der Bundestag kann in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen),

32. Nr. 1098 von Johann Jahn in Dürnzhausen, Kreis Pfaffenhofen/Ilm, um Vermittlung eines Darlehens für den Bau eines Siedlungshäuschens,
(es ist nicht möglich, von hier aus Mittel zur Verfügung zu stellen; der Gesuchsteller soll sich zur Erfüllung seines Wunsches an den bayerischen Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in München wenden),
33. Nr. 1108 von Heinrich Schwarzkopf in Leverkusen um Gewährung der Soforthilfe,
(der Gesuchsteller als Sachgeschädigter muß sich an das Amt für Soforthilfe in seiner Gemeinde wenden),
34. Nr. 1111 von Albert Ulrich in Konstanz-Allmannsdorf um Vermittlung eines verantwortungsreichen Tätigkeitsfeldes bei der Bundesverwaltung,
(der Gesuchsteller kann sich hierwegen an das Personalamt bei der Bundesregierung wenden),
35. Nr. 1112 von Dr. Hans Fels in Eisenburg bei Memmingen (Schwaben) um Auskunft über die Erlangung der zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erforderlichen Papiere,
(diese Frage kann erst nach Wiederherstellung des Friedenszustandes gelöst werden),
36. Nr. 1118 von Wilhelm Christ in Neckarsulm um Genehmigung des Zuzugs für sich und seine Familie von Neckarsulm nach Weingarten-Württemberg,
(für die Zuzugsgenehmigung ist die Zustimmung des Arbeitsamtes Weingarten notwendig; der Gesuchsteller kann nach Aufnahme einer Arbeit einen entsprechenden Antrag an das Wohnungsamt stellen),
37. Nr. 1137 von Erich Schmitt in Mettbergswalze bei Lüdenscheid um Auskunft bezüglich
a) des Inkrafttretens der beabsichtigten Amnestie,
b) der Rückgabe des ihm entzogenen Führerscheines,
c) der Frage des Strafantritts,
(die Eingabe ist durch das inzwischen in Kraft getretene Amnestiegesetz als überholt zu betrachten),
38. Nr. 1150 von Frau Käthe Groß in Bielefeld um Freigabe ihres von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Zweifamilienhauses in der Schloßhofstraße 117,
(der Gesuchsteller muß sich an seine Gemeindebehörde wenden),
39. Nr. 1171 von Adalbert Schlüter in Meiste über Rüthen, Kreis Lippstadt, um Befreiung von der Abgabe für den Lastenausgleich,
(der Gesuchsteller kann sich an das Hauptamt für Soforthilfe wenden),
40. Nr. 1179 von Regina Müller in Altenhundem um Gewährung der Unterhaltshilfe für ihre Mutter Frau Regina Bödeker in Altenhundem,
(die Gesuchstellerin hat den Instanzenweg nicht erschöpft),

41. Nr. 1193 von Hans Eich in Köln Kalk um Gewährung eines Darlehens zur Beschaffung eines Schlafzimmers,
(dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich an das zuständige Amt für Soforthilfe zu wenden),
42. Nr. 1220 von Hubert Pauls in Wetter (Rhur) um Berücksichtigung seines Falles bei der bevorstehenden Amnestie,
(der Gesuchsteller muß sich an seine Disziplinarbehörde wenden),
43. Nr. 1222 von Wilhelm Gärtner in Wolfenbüttel um Verpflichtung der Stadtverwaltung Wolfenbüttel zur Auszahlung der ihm gesetzlich zustehenden Pension als Kriminalsekretär und Erlaß der Zahlung des Restes der Spruchkammerverfahrenskosten in Höhe von 55 DM,
(der Gesuchsteller muß sich wegen Erlasses der Restkosten an das Innenministerium des Landes Niedersachsen wenden),
44. Nr. 1236 von Johann Didi in Neuenkleusheim, Kreis Olpe/ Westfalen, um Erwirkung der bevorzugten Zuweisung einer Zweizimmer-Wohnung in Köln,
(für eine Zuzugsgenehmigung ist das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes Voraussetzung; der Gesuchsteller muß deshalb um einen solchen bemüht bleiben),
45. Nr. 1238 von Otto Laske in Tossens (Oldenburg) um Bereitstellung der Mittel zur Ermöglichung seiner Verhehlung dadurch, daß die Bundestagsabgeordneten einmal auf ihre Sitzungsgelder verzichten,
(der Gesuchsteller kann das zuständige Kreisflüchtlingsamt um Bewilligung eines Einrichtungskredites angehen),
46. Nr. 1253 von Ewald Rohlf in Leiberg b. Büren i. W. um Auskunft über die Gewährung eines Kredits von 10 bis 12000 DM zum Ausbau und Umbau seines Hauses für eine Bäckerei,
(der Gesuchsteller soll sich wegen der Kreditgewährung an seine Handwerkskammer bzw. Innung wenden, da öffentliche Mittel für diesen Zweck nicht in Frage kommen),
47. Nr. 1275 von Paul Lewinski in Neheim-Hüsten um Erwirkung des Armenrechts zur Durchführung eines Strafverfahrens,
(Hinweis des Gesuchstellers auf das inzwischen in Kraft getretene Amnestiegesetz),
48. Nr. 1299 von Frau Hilde Kluge in Ringelheim am Harz um Einbeziehung der Straftat ihres Mannes in die bevorstehende Amnestie,
(mit dem Inkrafttreten des Amnestiegesetzes wird auch für den Ehemann der Gesuchstellerin die noch nicht verbüßte Strafe erlassen).

Bonn, den 31. Januar 1950

Der Ausschuß für Petitionen

Frau Albertz

Vorsitzende